

Protokoll der Stadtratssitzung Sulzbach-Rosenberg vom 24.01.2023

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben.

Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.suro.info/info.php> abrufbar.

TOP Ö 1: Informationsfreiheitssatzung für die Stadt Sulzbach-Rosenberg; Antrag in der Bürgerversammlung am 24.11.2022 - TOP 6

Michael Göth (SPD): Antrag wurde bereits im April 2020 in dieser Form behandelt, mit dem einstimmigen Beschluss einer intensiveren Veröffentlichung von Informationen via Presse und Homepage; soll der Antrag in den Hauptausschuss verwiesen werden?

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): Eine Informationsfreiheitssatzung würde der Stadt aus unserer Sicht gut zu Gesicht stehen. Das in der Anlage genannte Informationsportal greift hier - und der Bürgermeister hat in seinen Ausführungen ja darauf hingewiesen - viel zu kurz, da es sich weitestgehend auf Vorgänge im Stadtrat beschränkt. Die beantragte Satzung reicht aber weiter, als Beispiel sei genannt, dass Bürger sich hier niedrigschwellig über Vorgänge in der Verwaltung wie Verkehrsmessungen und -zählungen oder ähnliches informieren können. Der Erlass einer Informationsfreiheitssatzung würde unseren Willen zu Transparenz und Bürgernähe verdeutlichen.

Joachim Bender (SPD): Antrag sollte nicht verwiesen werden, sondern es solle heute darüber entschieden werden, damals wurde der Antrag der FWU intensiv diskutiert. Es gibt viele Gründe warum eine solche Satzung nicht nötig sei, habe sich mit anderen Kommunen unterhalten, wo kaum eine Nutzung der Satzung erfolgt ist. Was aktuell geschaffen wurde reiche aus, seien auf gutem Weg.

Dr. Patrick Fröhlich(CSU/JU): Möchte einen Mittelweg vorschlagen. Eine Bürgerbeteiligung sei sehr erwünscht, Transparenz aus Stadtratssitzungen sei wichtig. Wir müssen aber aufpassen nicht zu viele Satzungen zu schaffen, eine Informationsfreiheitssatzung dürfe kein zahnlöser Tiger bleiben der nur Arbeit schafft. Vorschlag: Thema Informationsfreiheitssatzung solle zurück gestellt werden bis vernünftige Lösungen vorliegen (Live-Übertragung aus Stadtratssitzungen etc.).

Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP/FWS): Thema in mehreren Sitzungen diskutiert. FDP/FWS sei für Transparenz und Beteiligung der Bürger, ein Bürgerinformations-Portal sei geschaffen worden wo relevante Inhalte vorliegen. Die Stadt habe nichts zu verbergen, alle Satzungen können nachgelesen werden. Eine Informationsfreiheitssatzung würde der Verwaltung Arbeit machen. Vorschlag, Bürgerinformations-Portal und Live-Übertragung von Stadtratssitzungen weiter zu verfolgen.

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Schon vieles sei passiert. An Satzungen seien alle gebunden, steht deshalb für eine Satzung. Das Thema solle nochmals behandelt werden, kenne keine Organisation die auf eine Satzung verzichtet.

Alexandra Ottmann (FWU): Antrag stamme von FWU, Vorschlag: Weniger Punkte im nicht-öffentlichen Teil von Stadrats- und Ausschusssitzungen wäre ein Weg in richtige Richtung.

Ralf Volkert (SURO2030): Vorredner sprachen über Informationen aus dem Stadtrat, wo wir auf gutem Weg seien. Das Thema müsse aber weiter gefasst werden. Die Verwaltung könne damit zwar etwas unter Druck gesetzt werden, aber ein Auskunftsrecht besteht zu allem was offen gelegt werden darf. Es müsse betont werden, welche Informationen in welchem Zeitraum gegeben werden müssen wie Amberg es in einer Satzung festgelegt hat. Z. B. Verkehrsmessungsergebnisse oder Themen rund um Wasser/Abwasser, um Fragen dieser Art ginge es.

Michael Göth (SPD): Sofort abstimmen?

è Der Antrag wurde abgelehnt, für den Antrag gab es 6 Stimmen.

TOP Ö 2: Mitgliedschaft der Stadt Sulzbach-Rosenberg in der Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten"; Antrag in der Bürgerversammlung am 24.11.2022 - TOP 4

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat der Stadt Sulzbach-Rosenberg beschließt a) der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ nicht beizutreten. Alternativ b) der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beizutreten.

Michael Göth (SPD): In allen Stadtteilen und Stadtgebiete seien bereits 30-er Zonen ausgewiesen. Haben jetzt bereits Handhabe, Zone 30 anzuordnen (Wohngebiete, Gefahrenzonen, um sensible Einrichtungen wie KiGa oder Pflegeheime, Lärmschutz oder Schutz vor Abgasen). Antrag soll Druck ausüben, Kommunen weiteren Handlungsspielraum zu geben. [an Frau Wendel gerichtet:] Zu überregionalen Straßen bitte noch etwas sagen.

Rosalia Wendl: In allen Stadtteilen weitestgehend Tempo 30 oder 20 Geschwindigkeitsbegrenzungen, Bundesrecht werde vollzogen. In StVO Möglichkeiten zur Ausweisung von Zone 30. Zu übergeordneten Straßen liegt die Anordnungsbefugnis beim LRA (Untere Straßenbaubehörde). Zu befürchten (= Position des ADAC), dass wenn in übergeordneten Straßen Zone 30 angeordnet werden kann, könnte überregionaler Verkehr von übergeordneten Straßen in Wohnstraßen abgezogen werden.

Dr. Patrick Fröhlich(CSU/JU): Wir sprechen hier nicht darüber, dass überall Zone 30 sein soll. Ein Beitritt stärkt die Position der Gemeinden, eigenverantwortlich Geschwindigkeitsbeschränkungen definieren zu dürfen. CSU spricht sich aber nicht dafür aus, überall Zone 30 einzurichten. Ein Beitritt sei aber empfehlenswert.

Dr. Martin Pöllath (FDP/FWS): Was Fröhlich gesagt hat macht auch für FDP/FWS Sinn: Willensbekundung zu mehr Handlungsspielraum der Kommune.

Ralf Volkert (SURO2030): SURO2030 wird dem Antrag zustimmen. Die Sachdarstellung ist nicht ausreichend. Sie fokussiert sich zu sehr auf das Thema Tempo 30. Ziel der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ ist es doch nicht, flächendeckend Tempo 30 durchzusetzen. Im Kern will die Initiative erreichen, dass Kommunen Geschwindigkeitsbegrenzungen selbst in die Hand nehmen können. Wenn die Kommune Tempo 30 anordnet, bewegt sie sich nach aktuellem Rechtsstand mitunter auf unsicherem Boden. Eine Übertragung der Verantwortung mit einem straßenverkehrsrechtlichen Rahmen, der es den Kommunen ermöglicht, angemessene Höchstgeschwindigkeiten dort anzuordnen, wo sie es für sinnvoll erachten, würde hier Rechtssicherheit schaffen. Die Stadt Sulzbach-Rosenberg sollte so viel Selbstvertrauen haben, solche Entscheidungen auch selbst zu treffen.

Michael Göth (SPD): Handlungsmöglichkeiten bestehen, sie seien weitestgehend ausgeschöpft.

Joachim Bender (SPD): habe sich die Initiative seit längerem angeschaut, mittlerweile ca. 403 Gemeinden angeschlossen, also nur sehr geringer Anteil aller Gemeinden. Wir brauchen es nicht, machen damit aber auch nichts kaputt. Bislang sehr gute Entscheidungen getroffen. Sei aber gegen durchgehendes Tempo 30. Stehe für Beitritt, der kostet nichts, könne aber ggfalls. nützlich sein.

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90/Die Grünen): Grundsätzlich eine gute Sache wenn wir das Heft des Handelns in der Hand haben, indem der Initiative beigetreten wird und sich die Gesetzgebung entsprechend ändert. Grundsätzlicher Aspekt: Überwachung. Was nutzt die Regelung wenn nichts kontrolliert wird?

Günter Koller (CSU/JU): Stimmen heute nicht darüber ab ob Straßen zu Zone 30 werden. Wenn man aber Initiative startet habe man eine Intention. Absicht sei, mehr 30er Zonen einzuführen, sonst bräuchte man das nicht machen. Könne sich damit nicht anfreunden. Wenn wir künftig evtl. die Freiheit dazu haben, dann werde auch Zone 30 verlangt. Stadt habe Hausaufgaben gemacht, werde dem Antrag nicht zustimmen.

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Beitritt schafft Verbindlichkeit, sich mehr damit zu beschäftigen. Kostet und schadet nicht, was wir daraus machen bleibt dem Stadtrat überlassen, warum also nicht, werde zustimmen.

Alexandra Ottmann (FWU): Stimmen Antrag zu, kostet nichts, soll auch unterstützt werden um andere Kommunen zu unterstützen.

Dr. Stefan Morgenschweis (CSU/JU): Was hier diskutiert wird sei Symbolpolitik. Es wird suggeriert der Bürger könne sich nicht informieren, und es werden keine angemessenen Geschwindigkeiten gefahren. Die Stadt habe ihre Hausaufgaben gemacht.

Michael Göth (SPD): Werde auch nicht zustimmen, u. a. aus den von Frau Wendel genannten Gründen.

☞ Dem Beschlussvorschlag b) wurde mit 7 Gegenstimmen zugestimmt

TOP Ö 3: Antrag zur Entschärfung der Verkehrssituation Kreuzung B14/Feuerwehr/Kindertagesstätten; Antrag in der Bürgerversammlung am 24.11.2022 - TOP 3

Michael Göth (SPD): Aufnahme in die nächste Verkehrsschau?

☞ Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 4: Änderung der Gestaltungssatzung für die Altstadt Sulzbach und den Ortskern in Rosenberg betreffend die Installation von Solarthermie- und PV-Modulen auf Dachflächen und Brüstungen (§ 8 Abs. 4, § 9 Abs. 2); Antrag in der Bürgerversammlung vom 24.11.22; TOP 5

Markus Hofmann (Baureferat): Die Änderung des Bayrischen Denkmalschutzgesetzes sei noch nicht beschlossen. Auf Denkmälern sei grundsätzlich Solarthermie und PV möglich, Denkmalcharakter müsse aber erhalten bleiben, Beschluss des Landtags bis April müsse abgewartet werden. Ab April solle der Antrag neu behandelt werden.

Martin Kunert (SURO2030): Zur Änderung der Gestaltungssatzung für die Altstadt von Sulzbach und den Ortskern in Rosenberg betreffend die Installation von Solarthermie- und PV-Modulen auf Dachflächen und Brüstungen, folgende Empfehlungen von SURO2030. 1. Zur Einordnung der Rechtslage: Der Bau von üblichen kleineren Solar- und PV-Aufdachanlagen ist grundsätzlich verfahrens- bzw. genehmigungsfrei. Trotzdem sind öffentlich-rechtliche Vorschriften zu beachten. In diesem speziellen Fall, das Denkmalschutzgesetz und die Gestaltungssatzung der Stadt Sulzbach-Rosenberg für die entsprechenden Gebiete. Ersteres, das Denkmalschutzgesetz, können wir hier in diesem Gremium nicht ändern. Die Gestaltungssatzung jedoch schon, davon sollten wir Gebrauch machen. 2. Zur grundsätzlichen Erfordernis einer Änderung der Gestaltungssatzung Ein größerer Spielraum zur Installation von Solar- und PV-Modulen in dem von der Gestaltungssatzung betroffenen Gebieten würde zwar nur einen vergleichsweise geringen Beitrag zur kommunalen regenerativen Stromerzeugung leisten, für die davon betroffenen Hausbesitzer und Gewerbetreibenden hätten solche Erleichterungen im Kontext zu stark gestiegener Energiepreise jedoch einen großen

wirtschaftlichen Wert und wären ein bedeutender Standortfaktor gerade für die von Leerstand betroffenen Areale. 3. Kriterien für Solarinstallationen im Bereich der Gestaltungssatzungen
 Natürlich müssen Änderungen in der Gestaltungssatzung klare Kriterien für die Solarinstallation festlegen, um einen vertretbaren Kompromiss aus ästhetischem Anspruch und den in der heutigen Zeit veränderten, auch rechtlichen Anforderungen zu ermöglichen. SURO2030 schlägt für die Installation von Solarmodulen im von der Gestaltungssatzung betroffenen Gebiet eine grundsätzliche Zulässigkeit unter folgenden Auflagen vor. Erstellung eines Rahmenplans Solar für die betroffenen Gebiete mit unterschiedlichen Zonen; Stadtbausteine wie z.B. Kirchen, das Rathaus oder das Schloss, hier sind Solar- und PV-Anlagen zu vermeiden; Kernzonen wie z.B. der Luitpoldplatz, auf diesen Dächern des kartierten Straßen- und Platzraums sollen keine Solarkollektoren sichtbar sein; Denkmalrelevante Dachflächen für die Stadtansicht mit Fernwirkung, z.B. das Blickfeld nach Norden vom „alten Stadtbad“ aus, hier sollen Kollektoren gut gestaltet in die Dachlandschaft integriert, nicht spiegelnd und farb- und materialgerecht sein; innerhalb nichtkartierter Straßenzüge in zusammenhängenden, rechteckigen Flächen angeordnet, ohne Aufständigung in anthrazitfarbener, monokristalliner Ausführung. Wir bitten die Stadtverwaltung um die Entwicklung eines Rahmenplans Solar für die betroffenen Gebiete unter der Mitwirkung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege und der Regierung der Oberpfalz bzgl. evtl. möglicher Fördermittel.

Stefan Thar (FWU): Haben zum Thema Gestaltungssatzung seit 2013 Anträge gestellt. Weitere Themen: Holz/Plastik Fenstersprossen. Das Regelwerk sei 30 Jahre alt, darüber solle man sich Gedanken machen.

Dr. Martin Pöllath (FDP/FWS): Herr Koch habe sechs Monate nach unserem Antrag das Thema in den Raum geworfen, der eigene Antrag wurde gestellt die Satzung allgemein zu behandeln. Landtag habe Gesetzesordnung in Arbeit, diese solle bis April beschlossen und abgewartet werden.

Michael Göth (SPD): Vorschlag: Antrag weiter behandeln, sobald Gesetze zum Denkmalschutzgesetz beschlossen werden.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU/JU): PV-Anlagen sollen in der heutigen Zeit auch auf Denkmälern möglich sein, müssen aber aufpassen dass Charakter/Ansicht der Altstadt nicht beeinträchtigt wird. Der beantragte digitale Zwilling könne Abbildungen von PV-Anlagen möglich machen zur besseren Abschätzung der optischen Wirkung.

Joachim Bender (SPD): Schließt sich Göth an - Nach Entscheidung des Landtags in Bauausschuss verweisen.

Michael Göth (SPD): Sobald die Gesetzesänderung zum Thema Denkmalschutz bis April erfolgt und die derzeit vakante Stelle des Gebietsreferenten des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege wieder besetzt ist, solle der Antrag im Bauausschuss weiter behandelt werden.

TOP Ö 5: Versiegelung von Vorgärten - Grundsatzbeschluss zu zukünftigen Bauleitplanungen

Dr. Martin Pöllath (FDP/FWS): Einzelfallregelung zu Schotter/Kies sei falsch formuliert, damit wäre eine Versiegelung grundsätzlich zulässig, das müsse neu formuliert werden.

Dr. Stefan Morgenschweis (CSU/JU): Formulierungsvorschlag: Grundsätzlich unzulässig, in Einzelfällen auf Kleinflächen, nur wasserdurchlässig, zulässig

Michael Göth (SPD): Hofmann solle dies korrekt in Beschlussvorschlag einarbeiten.

Markus Hofmann (Baureferat): Wer definiert „Einzelfall“?

Markus Lommer (Stadtheimatpfleger): Juristisches Problem, wenn Einzelfall rechtlich nicht geregelt.

Dr. Stefan Morgenschweis (CSU/JU): Sieht juristisches Problem nicht, Teil des Bauantrags.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 6: Anerkennung des Jahresbetriebsplanes 2023 für den Stadtwald

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat stimmt dem vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Amberg, Bereich Forsten, vorgelegten Jahresbetriebsplan 2023 für den Stadtwald 4 und die Ökokontoflächen zu.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 7: Anerkennung des Jahresbetriebsplanes 2023 für den Bürgerspitalstiftungswald

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat stimmt dem vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Amberg, Bereich Forsten, vorgelegten Jahresbetriebsplan 2023 für den Bürgerspitalstiftungswald zu.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 8: Genehmigung von Sitzungsniederschriften; 29. Sitzung des Stadtrates am 22.11.2022, 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport am 29.11.2022, 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.11.2022, 30. Sitzung des Stadtrates am 20.12.2022

è Die Sitzungsniederschriften wurden einstimmig genehmigt

TOP Ö 10: Bekanntgaben

Michael Göth (SPD): Thema Bahnhofsuhr habe große Wellen geschlagen. Habe beauftragt, die Uhr abzubauen, sichten und Kostenschätzung einholen. Nach Zusenden der Bilder war zu erkennen dass 200 € nicht genügen. Die Uhr sei in sehr schlechtem Zustand, Kosten zunächst auf ca. 3.000 Euro geschätzt. Ein Uhrmacher hat sich die Uhr angesehen und deutlich höhere Kosten geschätzt, zusammen ca. 4.000 €. Empfehlung, die Uhr nicht zu reparieren, sondern ins Museums-Depot zu geben. Zwei bestehende Fahrgastanzeigen mit Zeitanzeige seien vorhanden, eine dritte kommt dazu, dann gäbe es vier Uhren im Umkreis von 50 Metern.

TOP Ö 10.1: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der 30. Sitzung des Stadtrates vom 20.12.2022

- Erweiterung Regenklär-/Regenrückhalteteich Kempfenhof; Vergabe der Tiefbauarbeiten
- Brandschutztechnische Ertüchtigung Rathausgasse 1 - 3; Vergabe der Malerarbeiten

TOP Ö 11: Anfragen

Bettina Moser (SPD): Anfrage zur Rosenbachbrücke am Hitzelmühlweg. Neues Baugebiet Loderhof wird das Verkehrsaufkommen erhöhen. Ist diese Brücke in aufgelegtem Sanierungsplan? Wann können Änderungen an der Brücke herbeigeführt werden? Sehr enger Gehweg für Mütter mit Kinderwägen, sowie Rollstuhlfahrer.

Michael Göth (SPD): Solle geprüft werden

Joachim Bender (SPD): Anfrage von Kollege Reitzenstein mit einbezogen: Anfrage ÖPNV Kempfenhof, Anbindung zum Bahnhof

Michael Göth (SPD): Ein Tag nach der betreffenden Sitzung mit ZNAS Kontakt aufgenommen, ein Treffen ist im Januar erfolgt. Das Ziel werde verfolgt, wegzukommen vom motorisierten Individualverkehr hin zum ÖPNV. Vorteil/Inhalt neuer Linienführung: Rendezvous am künftigen P & R Anlage am Bahnhof, dort kurze Umsteigezeiten zu anderen Teilen des Stadtgebietes. Verschlechterung wegen Nichtbefahrbarkeit des Kempfenhofer Wegs werde aufgewogen durch andere Taktung. Neue Bushaltestellen (Kempfenhof) auch via B14 erreichbar. Ergebnis: Weiterfahrt vom Bahnhof mit drei neuen Möglichkeiten morgens über Verstärkerbus, am Nachmittag über neue Linientaktung.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU/JU): Thema Maxhütten-Areal, Gespräche zwischen Eigentümer und Freistaat zur Sanierung des Westteils seien erfolgt und scheinbar positiv gelaufen. Die Stadt solle ebenfalls gut vorbereitet sein was die Frage angeht, was die Stadt zum Thema Hochofen und Halle dahinter machen kann und will. Wann ist das entsprechende Gutachten fertig gestellt?

Michael Göth (SPD): Thema wird in nächster Stadtrats-Sitzung behandelt.

Dr. Stefan Morgenschweis (CSU/JU): Thema Verkehrsschau, Georg-Herbst-Str., Staatsstraße 2040, absolutes Halteverbot solle zeitlich befristet werden

Rosalia Wendl: Thema könne in der Verwaltung aufgegriffen werden.

Alexandra Ottmann (FWU): 1. Kreuzung Konrad-Mayer-Str. / Dultplatz, unmöglich mit Kinderwagen/Rollstuhl zu befahren. 2. Gibt es schon Angebote zum Antrag, Alternativen zum ZV-KVS zu suchen?

Michael Göth (SPD): Wird in nächster Stadtrats-Sitzung behandelt.

Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP/FWS): Tag der Städtebauförderung am 13. Mai. Gute Möglichkeit, zu verschiedensten Sanierungsgebieten öffentlich Investoren und Bürgern Möglichkeiten aufzuzeigen welche Fördermöglichkeiten es gäbe.

Dr. Martin Pöllath (FDP/FWS): Steilvorlage mit Stichwort Museum: Zwei Jahre alter Antrag, Zentral-Depot für alle Museen und Archive der Stadt, Suche nach geeignetem Objekt. Sachstand? Zweites Thema: Lüfter in Schulen, habe sich damals gegen Lüfter ausgesprochen da Pandemie nicht ewig dauern würde. Lüfter würden unbenutzt herum stehen. Vorschlag, sich von diesen Objekten zu trennen und keine weiteren Finanzen hinein zu stecken.

Ralf Volkert (SURO2030): Verkehrs-Thema: Möchte Sachstand zum beantragten und beschlossenen Verkehrskonzept Loderhof anfragen.

Michael Göth (SPD): In nächster Stadtrats-Sitzung behandelt.

Günter Koller (CSU/JU): Stand der Dinge zur Fahrkartenkaufsmöglichkeit am Sulzbacher Bahnhof?

Hans-Jürgen Strehl: Bahn habe Problem mit Lieferung der Technik, aber alles besichtigt und geplant.

TOP Ö 12: Anträge gem. § 25 Abs. 1 GeschO-Stadtrat

TOP Ö 12.1: Errichtung einer Boulebahn im Stadtgraben; Antrag in der 30. Sitzung des Stadtrates am 20.12.2022

Ralf Volkert (SURO2030): Nachhaltigkeitsrat des Landkreises tagt wieder im Frühjahr, dann wird über eine mögliche Förderung des Projekts entscheiden. Ein Verlegen in den Bauausschuss würde evtl. dazu führen, das Thema (wieder) zu spät zu behandeln.

Michael Göth (SPD): Standort gefällt nicht, passt nicht zum Geschichtsband. Standort solle neu diskutiert werden (z. B. Altes Stadtbad).

Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP/FWS): Standort gefällt auch nicht, Standort ungeeignet.

Ralf Volkert (SURO2030): Standortfrage in nächster oder übernächster Stadtratssitzung behandeln, es gäbe noch weitere Möglichkeiten. Bis dahin hoffentlich Zusage über die 2.000 € Förderung.

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90/Die Grünen): Boulebahn sei eine gute Idee, der Stadtgraben an der beantragten Stelle sei aber kein guter Standort, evtl. andere Seite des Stadtgrabens wo Speerwerfen stattfindet (höhere Frequenz, Zuschauermöglichkeiten, weniger verschattet).

Michael Göth (SPD): Grundsätzliches Einverständnis besteht, aber mehrere Wünsche zum Standort. Der Antrag soll in einer Stadtratssitzung vor April behandelt werden.

TOP Ö 13: Anträge gem. § 25 Abs. 2 ff. GeschO-Stadtrat

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90/Die Grünen): [Antrag zum Thema Vorranggebiete für Windkraftanlagen]

Michael Göth (SPD): Wird in der Sitzung am 7. März behandelt

Gez. Christian Koch, 26.01.2023